

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:  
Rieser  
Herausgeber:  
Rieser

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gochsenheim, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassensatz:  
Dresden 1500.  
Strotz:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 258.

Dienstag, 5. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubendes und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Nichtigkeitsunterhaltungsbeilage. Anzeigen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ulfemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Vittrich, Rieser.

## Das letzte Dominion.

MacDonalds Heimkehr von seiner Amerikareise, die auch von seinen Gegnern als Erfolg gewertet wird, und die programmatischen Kundgebungen über die Zukunft Indiens stellen sich zunächst als ein nur äußerlich zeitliches Zusammenreffen der Ereignisse dar. Diese Gleichzeitigkeit ist aber auch in hohem Maße symptomatisch für die geschichtliche Wendung in der Zielsetzung der englischen Weltpolitik, die in ihrer in England selbst fast allgemein anerkannten Notwendigkeit, darum in ihrer Unabänderlichkeit und politisch-historischen Tragweite von den Alltagspolitikern bei uns und anderswo noch längst nicht begriffen wurde. Sonst wäre es nicht denkbar, daß Zeitungsdiplomaten, die mit der deutschen Außenpolitik nicht zufrieden sind, immer noch von der Notwendigkeit einer anglo-sächsischen Orientierung phantastieren, wobei sie die Spitze einer solchen Entente gegen andere Mächte gerichtet sehen möchten.

Völkerbundspolitik und Streben nach weltwirtschaftlicher Verständigung, Abrüstungsbestrebungen und elastische Anpassung an die unabwendbar fortgeschrittenen politischen Strukturveränderungen im Imperium sind nur die verschiedenen Ausdrucksformen einer neuen Weltpolitik Englands, zu der es aus der Rot der vollkommenen internationalen Machtverschiebungen nach dem Kriege gedrängt wurde und über die MacDonald, Lloyd George und Baldwin sich einig sind. Bezeichnend dafür war, daß Baldwin im Unterhause den Inhalt eines angeblichen Interviews mit dem Vizekönig von Indien, Lord Irwin, dementierte, demzufolge er sich gegen die Gewährung des Dominionstatus an Indien ausgesprochen haben soll.

Zwar suchen einige konservative Zeitungen Englands die Bedeutung der Irwin-Proklamation herabzumindern. Es sei nichts Neues gegenüber der Regierungserklärung von 1917 gesagt, und sie bedeute keine neue Entscheidung über Tempo und Ausmaß in der Gewährung neuer Selbständigkeiten. Das sind nur Verusche konservativer Leute, sich den Übergang aus den alten imperialistischen Traditionen zu neuen weltpolitischen Notwendigkeiten innerlich zu erleichtern. In hohem Maße entscheidend ist, wie die Proklamation in Indien selbst aufgenommen wurde. Wenn in einer Zusammenkunft indischer Politiker aller Richtungen nach eingehender Prüfung der Konferenzplan in hohem Maße anerkannt und begrüßt wurde, auf der die Vorschläge auf Erhebung Indiens in den Dominion-Status unterbreitet werden sollen, so heißt das, daß man in Indien selbst die Irwin-Proklamation als ein bindendes Versprechen, und zwar nicht erst für eine ferne Zukunft, ansehen will. Nach dieser Deutung und Wirkung gibt es kaum noch ein Zurück, und über das Tempo der Bewegung hat danach die Regierung in London sich der alleinigen Bestimmungsmöglichkeiten begeben. Weder das „Wie“ der Entwicklung, über Zweckmäßigkeitsfragen (Sonderverwaltung und ähnliche Probleme, die durch die räumliche Ausdehnung Indiens und die Verschiedenartigkeit der Bevölkerung in Rasse und religiösem Bekenntnis gegeben wird, werden noch schwierige und langwierige Verhandlungen notwendig werden. Die politische Entscheidung dürfte als gefallen angesehen werden.

Irland, Ägypten, Mesopotamien und in der Folge Indien sind Werkzeuge des gleichen Weges. Von geringen Ausnahmen abgesehen, sind die Teile des britischen Imperiums auf dem Wege von der ausbreitenden Kultur zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit der durchdringenden Wirtschaft alle über die Grenzlinien gelangt, jenseits derer die wirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen nicht mehr mit denen des Mutterlandes parallel laufen. Ein solches Reich läßt sich nicht mehr mit den alten imperialistischen Machtmitteln gewaltam zusammenhalten. Das vollkommen industrialisierte Mutterland muß die Sicherheit seiner wirtschaftlichen Existenz heute auf ganz anderen Grundlagen als denen der Imperiumspolitik zu befestigen suchen. Diese Voraussetzungen sind außer einer gewissen Freiwilligkeit in der Zusammenarbeit der Reichsglieder, gegründet auf Kultur und privatwirtschaftlicher Interessenszusammenhänge, vor allen Dingen dauernde Sicherung der weltwirtschaftlichen Austauschwege, das heißt, dauernde Sicherung des Weltfriedens, also Abrüstung. Jeder weltwirtschaftliche Konflikt, der irgendeine Verkopplung weltwirtschaftlicher Austauschbeziehungen im Gefolge haben kann, bedroht ein England, das im alten imperialistischen Sinne sehr schwach geworden ist. Darum ist es nicht nur Ausfluß einer härteren passivistischen Bestimmung, wenn der Handelsminister Graham der besonders energische Vorkämpfer des Weltfriedens und neuer weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit ist, wenn Robert Cecil in der Abrüstungskommission immer wieder seine weitergehenden Forderungen anmeldet und wenn MacDonald sich selbst nach den Vereinigten Staaten bemüht hat. Das alles sind zwingende Notwendigkeiten einer neuen britischen Realpolitik, der sich auch kein konservativer englischer Staatsmann mehr entziehen kann. Erfolge auf dem Wege, die MacDonald zu Hoover geführt hat, sind Folge und Voraussetzung der Veränderungen im Imperium und der Dominionspolitik gegen Indien. Das Zusammenreffen der Dinge bei MacDonalds Heimkehr bezeichnet die Situation und hat tiefere Sinn.

## Gründung einer Landesbausparkasse in Sachsen.

id. Dresden. Seit rund fünf Jahren ist die Bewegung der privaten Bausparbanken mit offensichtlich wachsendem Erfolg im Gange; sie hat sich die Aufgabe gestellt, Personen, die ein Eigenheim anstreben, zu genossenschaftlichen Gemeinschaften zu sammeln. Da die privaten Bausparbanken ohne nennenswertes eigenes Vermögen errichtet worden sind, hängt die Sicherheit der Einlagen von der Frage ab, ob die Kassen in der Lage sind, ausreichende Reserven aus dem Betrieb zu bilden, um das Risiko ihrer Unternehmungen selbst tragen zu können. Dieses Risiko wäre am besten erkennbar, wenn man den Betrieb dieser Kassen mit den einer Hypothekbank vergleicht. Praktisch betrachtet sind die Privatbausparbanken Hypothekbanken für zweite und dritte Hypotheken; sie tragen ein Besetzungsrisiko, das den Hypothekbanken verboten ist, weil die Gefahr des Ausfalls bei der Zwangsversteigerung eines Grundstücks um so größer ist, je mehr die Beleihung über 60 Prozent des Zeitwertes oder 80 Prozent des Neubauwertes hinausgeht.

Wenn jetzt die deutschen Gemeindeparkassen vor der Frage stehen, ob auch sie sich in den Dienst des Bauspargedankens stellen sollen und können, so ist das eine außer Frage, daß keine Sparkasse von sich aus daran denken kann, einen Bauspardienst für zweite und dritte Hypotheken auf eigenes Risiko einzurichten. Die Sicherheit und das Ansehen der Sparkassen ruht darauf, daß sie allgemeine Sparmittel ausschließlich auf erste Hypotheken nach ihren hergebrachten Grundregeln ausleihen und eher unter der Grenze der Hypothekbanken bleiben als darüber hinausgehen. Deswegen aber darf man nicht denken oder sagen, daß die Sparkassen zu wenig für den Wohnungsbau getan hätten. Sollen und wollen sich aber die Sparkassen in den Dienst des Bauspargedankens stellen, so können sie nur einen Hilfsdienst leisten, der völlig neben ihrem hergebrachten Dienst für erste Hypotheken steht und sie von jedem Risiko aus dem Bauspardienst freilassen muß. Es mußte deshalb ein neuer Weg gesucht und gegangen werden.

Was die einzelne Sparkasse nicht tun kann, soll eine Landesbausparkasse Sachsen übernehmen. Ihre Träger sollen nicht die Sparkassen, sondern die Gemeinden sein, die durch die Sorge um die Wohnungsnot dazu berufen sind. Diese sollen auch, um

dem Bausparer alles und jedes Risiko abzunehmen, die solidarische Haftung für alle Verbindlichkeiten der Landesbausparkasse übernehmen. Da diese Haftung nicht leicht zu nehmen ist, empfiehlt der Gründungsplan, sie von Hause aus nach Möglichkeit zu unterbauen. Einmal sollen die beteiligten Gemeinden zur Bildung eines Vermögensfonds der Landesbausparkasse je 50 Reichspfennig auf den Einwohnerkopf einschicken, wodurch ein Kapital von etwa 1 Million erzielt wird; das Landeswohnungsamt als staatlicher Träger der Wohnungsfürsorge soll einen ähnlich hohen Betrag gewähren. Die Zinsen dieser beiden Summen sollen neben den Beträgen, die aus den tarifmäßigen Leistungen der Bausparer der Rücklage zufließen, so lange zum Vermögen der Kasse geschlagen werden, bis dies 10 Prozent der Gesamtsumme der laufenden Bausparverträge ausmacht.

Der Plan sieht u. a. vor, daß das Besetzungsrisiko im Einzelfalle gegenüber der Praxis der Privatbausparbanken dadurch abgemindert werden soll, daß der bauende Hypotheknehmer 20 Prozent der Neubauskosten einschicken muß, daß er auf den Todesfall versichert wird, in der Höhe seiner jeweiligen Hypothekschuld bei der Bausparkasse, und daß die Gemeinde eine Mietkautionshypothek von mindestens 20 Prozent der Baukosten im Range nach der Bausparkasse gibt oder die Ausbietungsgarantie in dieser Höhe der Bausparkasse gegenüber trägt.

Was das Verhältnis zu den Bausparern betrifft, so bringt ihnen die Landesbausparkasse eine klare Ueberblick über ihre längere Wartezeit, ohne die Los-Chance auszuschießen. Sie bringt ihnen auch die Gewißheit, über die volle Auszahlung der Vertragssumme im Rahmen der Vertragsbestimmungen, da alle Unterlagen der Landesbausparkasse nach sorgfältiger mathematischer Rechnung aufgestellt sind. Die Landesbausparkasse beschränkt sich nicht auf die Förderung des Eigenheimbaues, der nur für die härteren Sparere erreichbar ist, sondern sie legt Wert darauf, daß auch Baugenossenschaften, Bausparvereine und Gemeinden Bausparverträge abschließen und so auch kleine Bausparbeiträge sammeln und schwächere Sparere aufnehmen können.

Nach dem hier Gesagten wird man wohl mit Recht erwarten können, daß dem wichtigen Gedanken der Selbsthilfe im Bauwesen in der geplanten Landesbausparkasse ein übersichtlicher und in jeder Beziehung sicherer Weg bereitet wird.

## Die Geheimfonten der Brüder Klarer.

Mitglieder der Berliner Stadtverwaltung schwer belastet.

id. Berlin. Die Berliner Abendblätter melden, ist es der Polizei und der Staatsanwaltschaft gelungen, Aufzeichnungen über Geheimfonten der Brüder Klarer zu finden. Diese Fonten sind sehr genau geführt. Bei der Bezeichnung der Kunden haben sich die Klarer einer, wie der Bericht sagt, „blumigen“, mitunter freilich auch maliziösen Ausdrucksweise bedient. Hinter der Bezeichnung „Gustaf“ hat man einen leitenden hohen Beamten der Stadtverwaltung zu suchen, während sich unter der Bezeichnung „Dammel“ ein Beamter der Stadtbank verbirgt. Für den kommunikativen Stadtrat Wibel war der Name „Gabriel“ gewählt, während der kommunikativen Stadtrat Degener den Namen „Dold“ erhielt. Für den Bürgermeister Schneider wurde das Pseudonym „Schuster“ gewählt. Das Konto des Stadtbankdirektors Schmidt wurde mit „Schimmel“ bezeichnet. Die Summen von den einzelnen Konten sind nicht gerade klein. So hat Degener monatlich 2000 bis 2500 Mk. von den Klarer erhalten. Das Konto „Gabriel“ weist noch höhere Summen auf und „Schimmel“ hat Zuteilungen erhalten, die die Bezüge der beiden genannten Personen noch ganz erheblich übersteigen. Das Konto „Gustaf“ weist im wesentlichen die Summen auf, die für gelieferte Kleidungsstücke an sämtliche Familienmitglieder eingezahlt worden sind.

Die erste Vernehmung des Oberbürgermeisters Wöhl wird heute Dienstag durch Oberregierungsrat Tapolshi erfolgen. Vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weigenberg wurde am Montag vormittag Stadtrat Benede vernommen, der sich über seine angebliche Verbindung mit den Brüdern Klarer zu äußern hatte. Benede hatte den Oberbürgermeister auf der Amerikafahrt begleitet. Weiter sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft auf den früheren Direktor der Brennstoff-Gesellschaft Brolat, jetzigen Direktor in der Verkehrs-Gesellschaft ausgedehnt worden. Brolat wird von den Kommunisten beschuldigt, bei der Verlesung städtischer Anstalten mit Brennstoffen betrügerisch verfahren zu haben. Er soll minderwertiges Holz und billige Kohle geliefert, aber teures Klobenholz und sehr teure Fächerkohle bezogen haben und außerdem soll er mit gefälschten Biegelarten haben arbeiten lassen. Auch Schmidt bei der Staatsanwaltschaft bereits ein Ermittlungsverfahren gegen Brolat wegen des Verdachts der passiven Beteiligung im Zusammenhang mit dem Klarer-Skandal. Brolat hat bisher die Richtigkeit der gegen ihn erhobenen Angriffe entschieden bestritten.

## Am Mittwoch Besprechung der Parteiführer.

Berlin. Wie die Germania berichtet, findet am Mittwoch in der Reichskanzlei eine Besprechung der Parteiführer statt, an der Reichstagspräsident Hebe und Abg. Scheidemann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses teilnehmen. Diese Besprechung gilt der Festlegung eines Termins für die Einberufung des Reichstages und des Auswärtigen Ausschusses.

## Frühere Einberufung des Reichstages?

Berlin. (Telunion.) Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ aus politischen Kreisen erfährt, wird in der Reichsregierung erwogen, den Reichstag früher als zu dem ursprünglich vorgesehene Datum, den 26. November einuberufen. Die Reichsregierung wolle den Volkstentative sobald wie möglich zum Abschluß bringen und gleich nach der Einberufung gemäß den Gesetzesbestimmungen das sogenannte „Freiheitsgesetz“ dem Reichstag vorlegen und

ihre ablehnende Stellungnahme dabei zum Ausdruck bringen. Die endgültige Entscheidung über den Zusammentritt des Reichstages werde voraussichtlich in einer Besprechung der Parteiführer vereinbart werden, bis in den nächsten Tagen stattfinden soll.

## Kein Auslieferungsverfahren gegen Sauerbrey.

Berlin. Nach einer Meldung aus Prag hat der verhaftete Direktor der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft einen Schein unterschrieben, in dem er auf Einverständnis gegen seine Auslieferung an Deutschland verzichtet, infolgedessen erübrigt sich ein Auslieferungsverfahren. Man rechnet jetzt mit der Verhaftung weiterer führender Angehörten Sauerbrey, da der Verdacht besteht, daß sie ihm nicht nur zur Flucht verholfen, sondern ihm auch laufend mit Geldmitteln versorgt haben. Die Polizei untersucht jetzt, wo größere Bargeldsummen von Sauerbrey untergegangenen Summe von 800 000 Mark abgezogen sein können.